



Informationen, Analysen, Politik, Forschung und Veröffentlichungen

www.generationenvertraege.de

Glücksatlas 2011: Wie zufrieden ist Deutschland? Subjektive Lebenszufriedenheit als Anker der Wohlfahrtsmessung

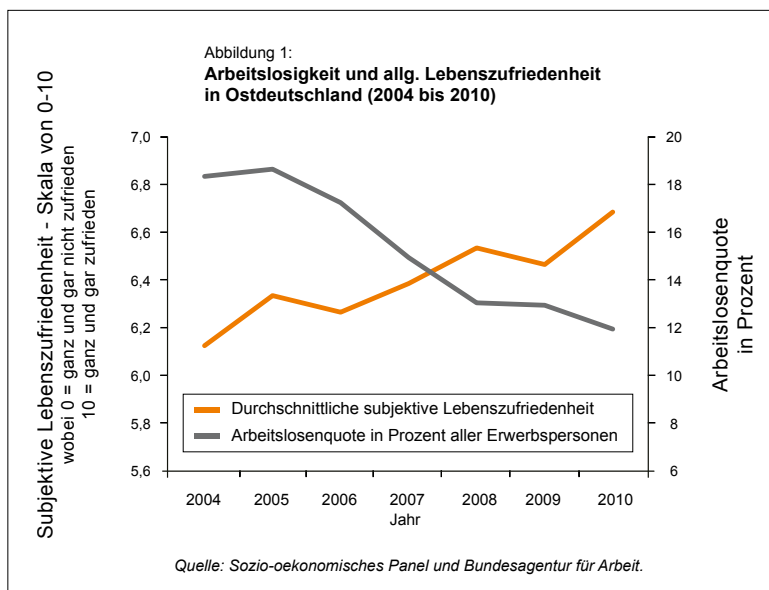
Vor mehr als 150 Jahren setzte ein englischer Philosoph eine der einflussreichsten Ideen in die Welt: den Utilitarismus. Seither beriefen sich zahlreiche Wissenschaftler und Politiker auf John Stuart Mill und dessen einfache, doch schwer zu widerstehende Überlegung der Maximierung des gesellschaftlichen Glücks. Lange jedoch dienten seine Ideen eher als theoretischer Ausgangspunkt denn als praktischer Kompass für politische Entscheidungen. Die Glücksforschung ist dabei, dies zu ändern.

Bereits vor Jahrzehnten wurde damit begonnen, in breit angelegten Studien die subjektive Zufriedenheit von Bürgern zu erfragen. Seit den 1980er Jahren werden mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) auch in Deutschland tausende Menschen jährlich nach ihrem allgemeinen Wohlbefinden befragt. Nach zahllosen wissenschaftlichen Beiträgen und Folgeuntersuchungen ist die Glücksforschung inzwischen reif für einen substanziellen Beitrag zur allgemeinen Wohlfahrtsmessung. Mit dem Glücksatlas Deutschland 2011 beteiligt sich das Forschungszentrum Generationenverträge in Zusammenarbeit mit der Deutschen Post AG erstmals an der öffentlichen Diskussion über eine Weiterentwicklung nationaler Wohlfahrtsindikatoren.

Glückshemmnis Arbeitslosigkeit

Gemäß des Glücksatlas 2011 ist die Lebenszufriedenheit vor allem im Süden und Nordwesten der Republik zu finden. Neben Hamburg stechen insbesondere Teile Niedersachsens sowie das südliche Bayern durch eine hohe (subjektiv geäußerte) Lebenszufriedenheit hervor. Aber auch der Rest Deutschlands kann im Mittel als durchaus zufrieden gelten. Zwar liegen die Mittelwerte in Ostdeutschland deutlich unterhalb jener westdeutschen Regionen, aber gerade dort ist seit 2004 ein deutlicher Anstieg zu beobachten (siehe Abbildung 1). Zentral dürfte hierbei u.a. die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sein. Denn auch dies leistet der Glücksatlas: Durch die regelmäßige Befragung einzelner Personen, lassen sich bei entsprechend großen Stichproben auch Aussagen

über die kausalen Einflüsse objektiver Lebensbedingungen treffen. So stellt die Arbeitslosigkeit eines der größten gesamtgesellschaftlichen Glückshemmnisse dar (siehe Abbildung 1).



Unter den gesellschaftlichen „Glücksbringern“ rangieren dagegen neben dem Gesundheitszustand vor allem soziale Aspekte: eine Partnerschaft und reger Kontakt mit Freunden und Bekannten sind gemäß der Untersuchungen des Glücksatlas heutzutage weitaus wesentlicher als ökonomischer Erfolg. Soziales Kapital und die gesellschaftliche Teilhabe sind wohl gemerkt noch immer schwer zu quantifizierende Charakteristika einer Gesellschaft. Mittels einer regelmäßigen Neuauflage soll mit dem Glücksatlas jedoch eine Art Seismograph für das Wohlbefinden der deutschen Gesellschaft etabliert werden, der sowohl die Bürger als auch die Politik auf wesentliche gesellschaftliche Entwicklungen und Unterschiede im Hinblick auf die Lebensqualität hinweist. Auf diesem Weg soll nicht zuletzt die

Inhalt:

Glücksatlas 2011
S.1

Ehrbare Staaten?
S.2

Zukünftige Entwicklung
der Sozialhilfeleistungen
im Freistaat Sachsen
S.3

FZG-Standpunkt
S.4

öffentliche Diskussion über eine Neuausrichtung der nationalen Wohlfahrtsberichterstattung um wichtige Informationen bereichert werden. Ziel ist ein ausgewogenes Bündel von aussagekräftigen Indikatoren. Das Bruttoinlandsprodukt, das über Jahrzehnte die wesentliche Kennzahl für den Wohlstand und das Wohlergehen einer Nation darstellte, muss dagegen als wahrgenommen werden, wofür es konzipiert wurde: Eine Maßzahl für die ökonomische Wertschöpfung eines Landes. Denn auch das zeigt der Glücksatlas: Das ökonomische Wachstum hat in den vergangenen zwanzig Jahren nur sehr begrenzt zum Glück der Deutschen beigetragen.

Für die zukünftige Entwicklung der Lebenszufriedenheit gibt es mehrere Szenarien. So könnte die Fortsetzung des erfreulichen Trends am Arbeitsmarkt dazu führen, dass das Wirtschaftswachstum mit deutlichen Zuwächsen bei den Löhnen und somit auch wieder mit der Zufriedenheit der Bürger einhergeht. Andererseits könnte eine langsamere wirtschaftliche Entwicklung dazu führen, dass Staat und soziale Sicherungssysteme ihre Leistungen beschränken müssen, was sich negativ auf die Lebenszufriedenheit auswirken dürfte. ■ jv

Ehrbare Staaten?

Nachhaltigkeitsranking der EURO12-Staaten

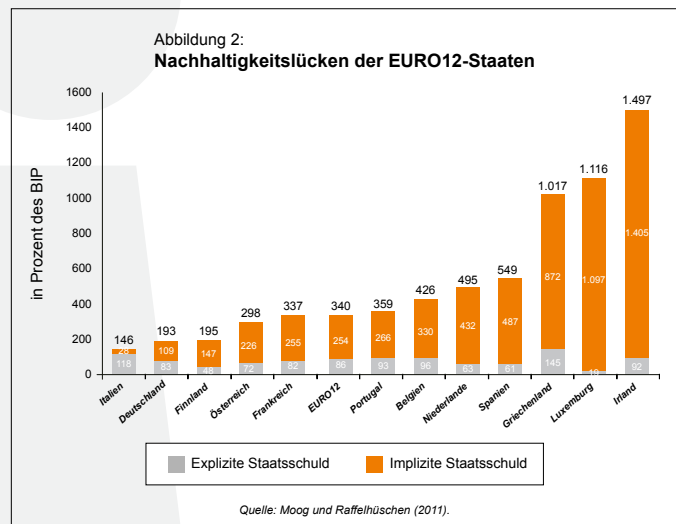
Die Konjunkturprogramme der vergangenen Jahre konnten die Finanzmärkte und die Privatwirtschaft zwar vor dem Kollaps bewahren, jedoch sind die Handlungsspielräume der europäischen Regierungen seitdem erheblich beschnitten. Nicht zuletzt durch die Herabstufung der Kreditwürdigkeit einiger europäischer Staaten steht deshalb die Frage im Raum, wie hoch der Konsolidierungsdruck in Europa tatsächlich ist. In einer aktuellen Studie untersuchen das Forschungszentrum Generationenverträge und die Stiftung Marktwirtschaft daher die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in den zwölf Gründungsstaaten der Eurozone (EURO12-Staaten). Der Vergleich fördert Erstaunliches zu Tage.

An der explizit ausgewiesenen Staatsverschuldung allein gemessen, sind Luxemburg und Finnland die Musterschüler innerhalb der EURO12-Gruppe. Die explizite Verschuldung gibt jedoch nur einen Blick auf die Spitze des Schuldenbergs frei. Vernachlässigt werden insbesondere die impliziten Verbindlichkeiten, welche die öffentlichen Haushalte bereits heute in Form der Leistungsversprechen ihrer sozialen Sicherungssysteme eingegangen sind. Erst die Summe aus expliziter und impliziter Staatsschuld erlaubt jedoch eine Aussage über die tatsächliche Staatsverschuldung (oder: Nachhaltigkeitslücke) der Eurostaaten.

Italien hui, Luxemburg pfui

Der Vergleich der tatsächlichen Schuldenlasten der EURO12-Staaten offenbart nicht nur große Unterschiede, sondern überrascht mit einem Spitzenplatz für Italien, während sich das vermeintliche Musterland Luxemburg mit einer Nachhaltigkeitslücke von über 1000 Prozent des BIP abgeschlagen auf dem vorletzten Platz wiederfindet (siehe Abbildung 2). Das liegt vor allem daran, dass Luxemburg es bisher versäumt hat, sein Rentensystem auf die demografische Entwicklung vorzubereiten. Zwar sieht sich Italien bekanntlich

einem hohen expliziten Schuldenberg gegenüber, die langfristige Haushaltslage ist in Italien jedoch weit weniger dramatisch als allgemein dargestellt: Die Nachhaltigkeitslücke beträgt „nur“ 146 Prozent des BIP. Erfreulich ist aus deutscher Perspektive, dass Deutschland sich zwar hinter Italien einreihen muss, mit einer Nachhaltigkeitslücke von 193 Prozent des BIP jedoch noch vor Österreich, Frankreich und Finnland den zweiten Platz im Nachhaltigkeitsranking belegt. Auf den hinteren Plätzen liegen neben Luxemburg schließlich Griechenland und Irland.



Der Konsolidierungsbedarf zur Bewältigung der tatsächlichen Schuldenlasten reicht dabei von 2,4 Prozent des BIP in Italien bis zu 17,6 Prozent des BIP in Griechenland. In dieser Höhe müssten die Staatsausgaben dauerhaft verringert (oder die Staatseinnahmen erhöht) werden, um die Nachhaltigkeitslücke zu schließen. Neben der Bewältigung der Hinterlassenschaften der Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrisen werden vor allem die Lasten aus der demografisch bedingten Zunahme der Renten-, Gesundheits- und Pflegeausgaben die öffentlichen Haushalte in den



kommenden Jahren vor große Herausforderungen stellen. Während neben Deutschland auch Finnland, Frankreich, Italien und Österreich ihre Hausaufgaben bereits in der Vergangenheit (zumindest teilweise) erfüllt haben, muss die Reform der sozialen Sicherungssysteme in anderen Staaten zeitnah

angegangen bzw. weiter vorangetrieben werden, um den impliziten Verpflichtungen Herr zu werden. Ohne diese notwendigen Einsparungen wird die Tragfähigkeit der Fiskalpolitik langfristig aufs Spiel gesetzt: Die Zeche müssen dann die künftigen Steuerzahler Europas begleichen. ■ mb & sm

Zukünftige Entwicklungen der Sozialhilfeleistung „Hilfe zur Pflege“ im Freistaat Sachsen

Die Auswirkungen der (demografisch bedingt) steigenden Zahl an Pflegebedürftigen auf die Soziale Pflegeversicherung (SPV) sind inzwischen im öffentlichen Bewusstsein angekommen. Demgegenüber werden die Auswirkungen auf die Sozialhilfeleistung Hilfe zur Pflege und somit auf die kommunalen Haushalte bisher kaum beachtet. Um diesen Zusammenhang näher zu beleuchten, hat das FZG im Auftrag des Freistaat Sachsens die Studie „Alter, Rente, Grundsicherung“ veröffentlicht.

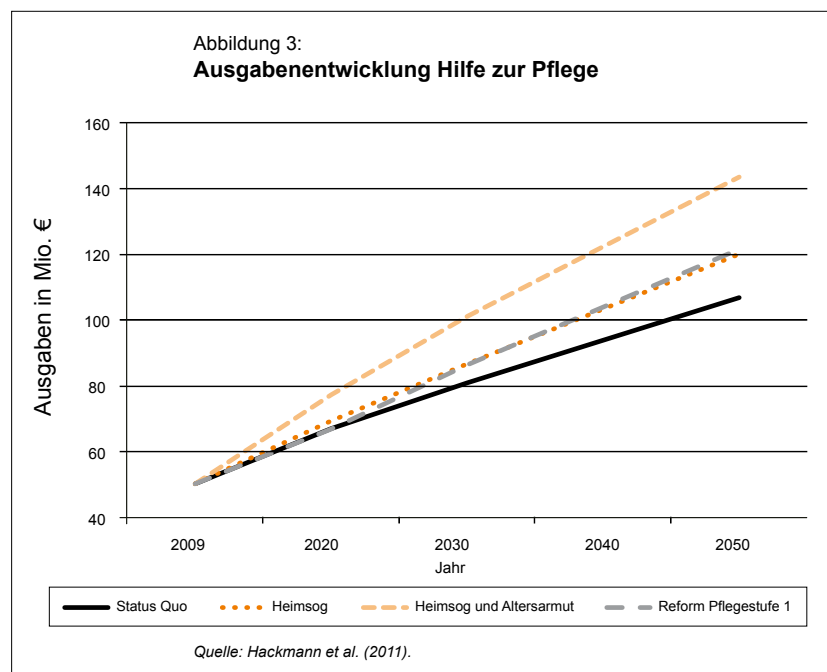
Der demografische Alterungsprozess ist im Freistaat Sachsen bereits weiter fortgeschritten als im Durchschnitt der Bundesländer. So weist der Altenquotient (gemessen als Anteil der über 65-Jährigen an den 15- bis 64-Jährigen) im Jahr 2008 für Deutschland einen Wert von 34 auf, wohingegen er im Freistaat Sachsen bereits bei 40 liegt. Die überdurchschnittlich alte Bevölkerung führt zu einer vergleichsweise geringen Zunahme der Pflegefälle bis zum Jahr 2050. Demnach steigt die Zahl der Pflegefälle bis zum Jahr 2050 für Sachsen im Status-quo-Szenario um etwa 71 Prozent an, wohingegen der Bund im gleichen Zeitraum einen Zuwachs von etwa 92 Prozent verzeichnen wird.

Zusätzlich gehen heutige Pflegeprognosen von einem künftig veränderten Inanspruchnahmeverhalten der Pflegebedürftigen aus. So führen die Veränderung der Familienstrukturen, die höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie die gesunkenen Zusammenlebendwahrscheinlichkeiten zu einem weiteren Absinken informeller Pflegearrangements durch Angehörige, was entsprechend zu einem Nachfrageanstieg nach professionellen Pflegeangeboten führt. Diese Entwicklung wird als Heimsog-Effekt bezeichnet.

Entsprechend des Anstiegs pflegebedürftiger Personen entwickeln sich auch die Sozialhilfeleistungen der Hilfe zur Pflege, die unterstützende Zahlungen an Pflegefälle finanziert, wenn diese nicht mehr in der Lage sind, die verbleibenden Pflegekosten privat zu tragen. Die Zahlungen der Hilfe zur Pflege steigen bei Berücksichtigung des Heimsogeffekts von 50 Mio. Euro im Jahr 2009 auf ca. 120 Mio. Euro im Jahr 2050 (vgl. Abbildung 3), da professionelle Pflege aufgrund

der höheren Kosten schneller zu einer finanziellen Überforderung der Pflegebedürftigen führt. Bei einer zusätzlichen Berücksichtigung zukünftig sinkender Alterseinkommen würden die Zahlungen der Hilfe zur Pflege sogar auf schätzungsweise 144 Mio. Euro im Jahr 2050 anwachsen. Allerdings wäre es möglich, durch eine Stärkung der ambulanten Pflege in der Pflegestufe I die Ausgabensteigerungen auf ca. 121 Mio. Euro im Jahr 2050 zu begrenzen.

Diese Berechnungen beziehen sich zwar auf den Freistaat Sachsen, jedoch sind sie in ihren Kernaussagen durchaus auf andere Bundesländer übertragbar. Das Ausmaß der zukünftigen Entwicklungen bei der Hilfe zur Pflege hängt zudem in hohem Maße von der Dynamisierung der Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung ab. Denn wenn die Entwicklung des Leistungsniveaus der SPV hinter dem Anstieg der Pflegekosten zurückbleibt,



wird dadurch grundsätzlich die Hilfe zur Pflege stärker in Anspruch genommen werden. Die daraus resultierende Überforderung der Kommunen würde dann langfristig wieder jener Situation gleichen, die die Einführung der Pflegeversicherung erst notwendig machte. ■ cm



FZG-Standpunkt



Jedem Bundesland sein Griechenland

Auch im neuen Jahr beherrscht die Staatsschuldenkrise weiter Medien und Öffentlichkeit. Der Fokus hat sich dabei von Griechenland hin zu Italien und Spanien zwar etwas verschoben, noch immer wird aber Deutschland als gutes Beispiel angeführt. Dies ist kaum zu rechtfertigen, denn auch wenn dank des Wirtschaftswachstums die kurze Frist nicht so schlecht aussehen mag, steuern wir mittelfristig auf griechische Verhältnisse zu. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für die Bundesländer.

In den kommenden Dekaden sehen sich die Länder (manche mehr, manche weniger) aus vier Gründen massiven Finanzierungsschwierigkeiten gegenüber – und dies alles vor dem Hintergrund einer in der Verfassung verankerten Schuldenbremse. Erstens werden die Steuereinnahmen bedingt durch die demographische Entwicklung wachstumsbereinigt relativ sinken. Dies führt zweitens für manche Länder nicht nur zu eigenen Mindereinnahmen, sondern auch zu geringeren Zuflüssen aus dem Länderfinanzausgleich. Drittens laufen 2020 für als besonders hilfebedürftig geltende Länder, d. h. die neuen Länder und das Saarland, Extrahilfen des Bundes und der übrigen Länder aus. Viertens – und dies ist aus meiner Sicht das größte Problem – steigen die Versorgungslasten (Beamten- und Witwenpensionen, Beihilfeleistungen) vor allem in den westlichen Bundesländern drastisch an. Allein für Baden-Württemberg

berechnen wir am FZG eine Vervierfachung solcher Ausgaben bis 2050, sollten keine Reformen erfolgen. Es besteht also dringend Handlungsbedarf.

Einige Bundesländer haben darauf wenigstens zaghaft reagiert und heben nun auch die Altersgrenze für die Pensionierung an, orientiert an der „Rente mit 67“. Versicherungsmathematisch ist dies allerdings im Gesamteffekt nicht das Gleiche. Da die Einstellungswellen der 1970er Jahre zu entsprechenden „Pensionierungswellen“ um das Jahr 2020 herum führen werden, verpasst eine allmähliche Einphasung der „Pension mit 67“ bis 2029 das Problem. Wir brauchen also zumindest in den westdeutschen Ländern eine schnellere Erhöhung des Pensionsalters.

Die simple Übertragung des Nachhaltigkeitsfaktors aus der Gesetzlichen Rentenversicherung, die bisher ohnehin noch kein Bundesland beschlossen hat, ist ebenfalls nicht zielführend. Denn der Nachhaltigkeitsfaktor adjustiert das Rentenwachstum um das Verhältnis aus Rentnern zu Arbeitnehmern. Analog sollte bei der Beamtschaft das Verhältnis von Pensionären zu Steuerzahlern gewählt werden. Ferner gilt es, die Anrechnung von Ausbildungszeiten auch bei Beamten schlicht zu streichen – so wie das in der Rentenversicherung schon lange der Fall ist.

Kommen diese Reformen nicht bald, schwindet der Spielraum zukünftiger LandespolitikerInnen, ihr Land wirklich

politisch zu gestalten, gegen Null. Sie sind dann nur noch Verwalter der Leistungszusagen ihrer Vorgänger. Und dann müssen vor allem die heute jungen Beamten richtig bluten.

■ ch

FZG-Intern



Das FZG gratuliert Prof. Dr. **Stefan Fetzter** zu einer Professur im Fachbereich Gesundheitsmanagement an der Hochschule Aalen. Herr Fetzter war von 2001 bis 2006 am FZG tätig und promovierte zum Thema der nachhaltigen Finanzierung des gesetzlichen Gesundheitssystems.

Das FZG beglückwünscht Dr. **Tobias Hackmann** zur erfolgreichen Promotion. Seine Dissertation mit dem Titel „Ökonomie der Pflege“ beschäftigt sich mit aktuellen Themen der Pflege vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Herr Hackmann hat das Institut zum 01.10. verlassen. Wir wünschen ihm für seine private und berufliche Zukunft alles Gute.

Mit Dipl.-Vw. **Christoph Metzger** hat das FZG im November tatkräftige Unterstützung erhalten. Sein Studium an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg schloss Herr Metzger mit einer Diplomarbeit zur zukünftigen Pflegesituation im Freistaat Sachsen ab, welche auch Eingang in die auf Seite 3 vorgestellte Studie fand. Wir freuen uns auf eine produktive Zusammenarbeit.

FZG-Publikationen



(download: www.generationenvertraege.de)

Benz, T., C. Hagist und B. Raffelhüschen (2011), Ausgabenprojektion und Reformszenarien der Beamtenversorgung in Deutschland, Studie im Auftrag des Bundes der Steuerzahler (BdSt) Deutschland e. V.

Hackmann, T., C. Metzger und B. Raffelhüschen (2011), Alter, Rente, Grundsicherung (ARG), Studie im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz.

Hagist, C. (2011), Von Worthülsen und Messkonzepten - Generationengerechtigkeit vs. Nachhaltigkeit, *Wirtschaftspolitische Blätter*, 2, 213–223.

Kaier, K. (2012), Economic Implications of the Dynamic Relationship between Antibiotic Use and Hospital-Acquired Infections, *Value in Health*, 15(1), 87–93.

Moog, S. und C. Müller (2011), Zur Erhöhung der Regelaltersgrenze in Deutschland: eine internationale Perspektive, *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 80(2), 33–51.

Moog, S. und B. Raffelhüschen (2011), Ehrbarer Staat? Eine Zwischenbilanz schwarz-gelber Regierungspolitik, *Argumente zu Marktwirtschaft und Politik*, 113.

Moog, S. und B. Raffelhüschen (2011), Ehrbare Staaten? Tatsächliche Staatsverschuldung in Europa im Vergleich, *Argumente zu Marktwirtschaft und Politik*, 115.

Moog, S., B. Raffelhüschen und J. Vatter (2011), Wie zufrieden ist Deutschland?, in: Deutsche Post (Hrsg.): *Glücksatlas Deutschland 2011*, Knaus, Bonn/München, 29–133.

Raffelhüschen, B. und J. Vatter (2011), Pflegereform: Ausgangspunkte und Weichenstellungen, *Wirtschaftsdienst*, 91(10), 659–674.

Impressum:

Mit freundlicher Unterstützung des Vereins des Forschungszentrums Generationenverträge e. V. erscheint FZG aktuell zweimal jährlich.

Herausgeber: Forschungszentrum Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität, 79085 Freiburg i. Br. www.generationenvertraege.de

Direktor:
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Redaktion:
redaktion@generationenvertraege.de
Christoph Müller, Tel.: 0761. 203 92 26
Daniel Ehing, Tel.: 0761.203 92 46

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise) nur mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars.

© Forschungszentrum Generationenverträge, Freiburg, 2012

Satz & Layout: www.cavallucci.de